

Antrag auf Gewährung von Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel des SGB XII inklusive erforderlicher Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel des SGB XII bei Heimaufenthalt

Folgende Leistungen werden beantragt:

- vollstationäre Pflegeleistung (Pflegeheim)
- Kurzzeit-/Verhinderungspflege
- teilstationäre Pflegeleistungen (Tagespflege, Nachtpflege)
- Pflegegeld
- Pflegesachleistungen (Pflegedienst)

1a. Angaben des Antragstellers

Familienname, Vorname		Geburtsname und Namen aus früheren Ehen	
Geburtsdatum	Geburtsort		
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)			
Staatsangehörigkeit		Familienstand	seit:

1b. Angaben des Bevollmächtigten/Betreuers

Name, Vorname	
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	
Telefon-Nr.	E-Mail-Adresse

2. Krankenkasse/Pflegekasse

Name der Krankenkasse/Pflegekasse		Pflegegrad
Versicherungsart		
<input type="radio"/> Pflichtversicherung	<input type="radio"/> private Kranken-/Pflegeversicherung	
<input type="radio"/> freiwillige Kranken-/Pflegeversicherung	<input type="radio"/> keine Kranken-/Pflegeversicherung vorhanden	
Darlehen zur Zuzahlungsbefreiung		
<input type="radio"/> erforderlich	<input type="radio"/> nicht erforderlich	

3. Schwerbehinderung

		Grad der Behinderung	Merkzeichen
<input type="radio"/> vorhanden			
<input type="radio"/> nicht vorhanden			

Anreden, Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Vordruck gelten für alle Geschlechter.

Sie erreichen uns:
Tel. 0361 655-6301
Fax 0361 655-6309

Hausanschrift:
Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt
Stadtbahn 1, 5

Postanschrift:
Stadtverwaltung Erfurt, Amt 50.02,
99111 Erfurt

Online:
E-Mail: teilhabe-beratung.soziales@erfurt.de
Internet: www.erfurt.de/ef114345

4. Mein Haushalt besteht aus folgenden Personen

	Familienname, Vorname (wenn verwitwet auch Geburtsdatum und Name des verstorbenen Ehepartners)	Geburtsort	Geburtsdatum
1			
2			
3			

5. Einkünfte

monatliches Nettoeinkommen (Bitte Nachweise beifügen!)

monatliches Wohngeld

sonstige Einnahmen

6. Wohnungsmiete

Grundmiete

EUR

Nebenkosten

EUR

Kündigung zum

7. Aufenthalt in Pflegeheimen

Name der Einrichtung

Datum der Heimaufnahme

Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) der Einrichtung

Aufenthalt in den letzten zwei Monaten vor Erstaufnahme in eine Pflegeeinrichtung (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)

8. Unterhaltsansprüche

Es bestehen keine Unterhaltsverpflichtungen bzw. Unterhaltsansprüche.

Der Antragsteller erhält Unterhalt.

Der Antragsteller leistet Unterhalt.

Angaben zu unterhaltspflichtigen Personen, falls vorhanden

	Person 1	Person 2	Person 3
Familienname			
Vorname			
Geburtsdatum			
Geburtsort			
Familienstand			
Verwandtschaftsverhältnis			
PLZ, Ort			
Straße, Haus-Nr.			

Verfügt eines Ihrer Kinder über ein Jahresbruttoeinkommen ab 100.000,00 EUR oder mehr?

Nein.

Ja.

Unbekannt.

(Wenn "Ja" oder "Unbekannt": Bitte nachfolgende Angaben auf Folgeseite!)

Name, Vorname	Womit erzielt Ihr Kind seinen Lebensunterhalt?
Name, Vorname	
Name, Vorname	

9. Ermächtigung und Beauftragung zum Austausch von Auskünften mit anderen Behörden gemäß § 117 Abs. 2 SGB XII sowie datenschutzrechtliche Einwilligung

Zur Bestimmung von Art und Umfang der von mir zum oben genannten Datum beantragten Leistungen nach dem SGB XII stimme ich hiermit dem Austausch von Auskünften und der Vorlage von Unterlagen gegenüber den nachgenannten Behörden/Institutionen zu, soweit diese zur Erfüllung von Aufgaben der Leistungen nach dem SGB XII erforderlich sind.

Diese Erklärung gilt zugleich als datenschutzrechtliche Einwilligung.

zuständige Wohngeldbehörde

Pflegeeinrichtung/Pflegedienst

zuständige Pflegekasse

Sonstige

Hinweis zum Datenschutz

Die zur Gewährung der Leistungen erforderlichen Angaben unterliegen den Datenschutzgesetzen. Soweit diese zur Berechnung und Bescheiderteilung erforderlich sind, werden sie zu diesen Zwecken automatisch verarbeitet.

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und das neue Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) gelten ab dem 25.05.2018. Im Rahmen der Antragstellung müssen personenbezogene Daten nach den gesetzlichen Vorgaben erfasst, gespeichert und verarbeitet werden. Ebenso gesetzlich geregelt ist die Löschung von Daten. Die rechtlichen Grundlagen finden Sie insbesondere in den Sozialgesetzbüchern, z. B. Sozialgesetzbuch Erstes Buch (SGB I), Neuntes Buch (SGB IX), Zehntes Buch (SGB X). Ohne die erforderlichen Angaben können Anträge nicht bearbeitet werden.

Bitte informieren Sie sich unter <https://www.erfurt.de/ef114363>.

Ich bestätige, dass ich die Hinweise und Belehrungen zum Datenschutz gemäß Datenschutzgrundverordnung zur Kenntnis genommen habe.

Ermächtigung zur Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zweck findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1a DSGVO für die Gewährung von Leistung nach dem Sozialgesetzbuch Zwölf (SGB XII) erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben.

Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Leistungserbringer der Pflege (z. B. Pflegeheim, Pflegedienst) sowie Träger der Einrichtungen, Gerichte (z. B. Amtsgericht, Nachlassgericht) Kranken- und Pflegekassen sowie ggf. an Dritte zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Ermittlung und Erfüllung Ihres individuellen Leistungsanspruches.

Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Die Zusammenarbeit mit anderen Stellen, deren gesetzliche Aufgabe dem gleichen Ziel dient oder die an der Leistung beteiligt sind, ist im § 4 SGB XII geregelt und bedarf keiner gesonderten Zustimmung.

Schlusserklärung

Ich versichere, dass die in diesem Antrag gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers die Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen (§ 60 Abs. 1 Nr. Sozialgesetzbuch I - SGB I). Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig und wahr sind. Es ist mir bekannt, dass ich wegen unvollständiger oder unwahrer Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann (§ 263 Strafgesetzbuch - StGB) und zu Unrecht erhaltene Leistungen erstatten muss. Ich bin verpflichtet, unverzüglich und unaufgefordert Änderungen in den Verhältnissen mitzuteilen, die für die Leistung erheblich sind, insbesondere in den Einkommens-, Vermögens, Familien und Aufenthaltsverhältnissen (Wohnungswechsel, vorübergehende Abwesenheit z. B. Krankenhausaufenthalt), auch die von Haushaltsangehörigen (§ 60 Abs. 1 Nr. 2 SGB I).

Ich bin darüber unterrichtet worden, dass die Sozialhilfegewährung und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse unter Umständen den unterhaltspflichtigen Personen wegen Heranziehung zum Unterhalt bekannt gegeben und die Unterhaltspflichtigen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit eventuell zum Unterhalt herangezogen werden müssen.

Unterschrift des Antragstellers oder gesetzlichen Vertreters

Datum

Unterschrift Ehegatte/Lebenspartner

Datum